



Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen GmbH

## Inhaltsverzeichnis

06.03.2025	Schwäbische Zeitung Ravensburg: Warum das Atom-Endlager nach Ulm kommen könnte	3
------------	--	---

**Autor/-in:** Andreas Spengler  
**Ressort:** sdrei  
**Seitentitel:** sdrei  
**Ausgabe:** Hauptausgabe

**Mediengattung:** Tageszeitung  
**Auflage:** 13.782 (gedruckt)<sup>1</sup> 17.713 (verkauft)<sup>1</sup>  
 18.000 (verbreitet)<sup>1</sup>  
**Reichweite:** 0,040 (in Mio.)<sup>2</sup>

<sup>1</sup> IVW 4/2024<sup>2</sup> AGMA ma 2024 Tageszeitungen

## Warum das Atom-Endlager nach Ulm kommen könnte

In Gundremmingen lagert derzeit hochradioaktiver Müll. Die Suche nach einem Endlager hat erst begonnen. Und am Ende könnte es die Region treffen. Wie hoch sind die Risiken?

**Ulm** Als Uli Brenner vor vielen Jahren nach Hause kam, da schlief ihr einjähriger Sohn bereits. Seelenruhig, friedlich und nichtsahnend. Brenner aber war aufgewühlt von einem Vortrag über die Folgen der Atomkraft. Sie betrachtete ihren Sohn. „Bis die Castoren weg sind, wirst du schon in Rente sein“, dachte sie sich.

„Schlagartig sind mir die zeitlichen Dimensionen klar geworden“, erzählt sie heute. „Wir haben den Müll produziert, aber müssen die Endlagersuche an die nächste Generation übergeben“, sagt ihre Mistreiterin Petra Semet. Beide engagieren sich im „Forum Gemeinsam gegen das Zwischenlager“.

Von ihrem Wohnzimmer aus in Holzheim kann Semet die grauen Kühltürme des Kernkraftwerks Gundremmingen sehen. Zum Jahresende 2021 wurde der Betrieb dort eingestellt. Verschwunden sind seitdem die Dampfwolken, die früher über dem Kraftwerk aufstiegen. Verschwunden sind auch viele Bauteile aus dem Kraftwerk. Geblieben aber ist der gefährliche Abfall. Deutschlandweit sind es 27.000 Kubikmeter an hochradioaktivem Atommüll. Ein Großteil lagert derzeit in den Zwischenlagern. Für Petra Semet und Uli Brenner aber gibt es nur eine sichere Lagerung: ein Endlager unter der Erde. Die Suche danach hat in Deutschland längst begonnen.

Zum Symbol einer verfehlten Energiepolitik wurde die Gemeinde Gorleben. 1977 legte der damalige Ministerpräsident von Niedersachsen den Standort als Endlager fest. Die Entscheidung, so sagen Kritiker, war rein politisch motiviert. Statt nach geologischen Kriterien zu prüfen, fiel die Wahl auf eine Region, die dünn besiedelt und strukturschwach war. Hier rechnete niemand mit Widerstand der Bevölkerung. Die

Folge aber waren die größten Anti-Atomkraftproteste der deutschen Geschichte.

„Die frühe Geschichte der Endlagersuche in Deutschland war kein Ruhmesblatt in Sachen Transparenz und Beteiligung“, sagt Dagmar Dehmer, Kommunikationschefin bei der Bundesgesellschaft für Endlagersuche (BGE). Längst sei allen Beteiligten klar: Dieses Mal muss es anders laufen. Gelingen soll das mit dem Standortauswahlgesetz von 2013.

Das Gesetz ist die Grundlage für eine transparente und vor allem wissenschaftsbasierte Suche nach dem bestmöglichen Endlagerstandort in Deutschland. Dafür wird das gesamte Bundesgebiet betrachtet wie eine weiße Karte. In einem ersten Schritt hat die BGE zuletzt mehr als die Hälfte der gesamten Bundesfläche als mögliche Endlagerorte eingestuft.

„Ich kann verstehen, dass niemand das Endlager vor der Tür haben möchte“, sagt Dagmar Dehmer. Doch entschieden sei bislang noch nichts. Fast nichts. Denn klar ist zumindest, welche Regionen als Endlager gänzlich ungeeignet sind: So scheidet in Süddeutschland fast das gesamte Alpenvorland aus, die Region rund um Ravensburg, ebenso wie die Erdbebenregionen zwischen Tübingen, Albstadt und Bodensee.

Weiterhin im Rennen aber ist die Region zwischen Ulm, dem Rand von Ehingen, Riedlingen, Kanzach, Oberstadien, Laupheim, Senden und Leipheim. Hier liegt im Untergrund der sogenannte Opalinuston. Dieser hat vor allem zwei Vorteile: Er ist fast undurchlässig und dichtet entstandene Risse mit der Zeit wieder ab.

Auch die Schweiz hat sich zuletzt bei ihrer Endlagersuche für den Opalinuston entschieden. Martin Denoix von der

BUND-Gruppe Ulm-Wiblingen ist Mitglied einer Arbeitsgruppe zur Endlagersuche. „Ich glaube, dass der Opalinuston in unserer Region bis zuletzt als möglicher Standort im Rennen bleiben wird“, erklärt er.

Auch beim Regionalverband Donau-Iller verfolgt man die Entscheidungen der BGE mit Argusaugen. Bisher habe die BGE ihre streng wissenschaftlichen Entscheidungen immer „gut begründet und transparent dargestellt“, lobt der Stellvertretende Verbandsdirektor Martin Samain. Er rechnet damit, dass es für die Region Ende 2026 wieder „spannend“ werden könnte. Dann will die BGE die Gebiete vorstellen, die sich weiterhin gut eignen. Und schließlich Ende 2027 die finalen Standortregionen vorstellen.

In Frage kommen dafür etwa vier bis zehn Region, die dann aufwendig vor Ort mit Bohrungen untersucht werden sollen. Bereits die Vorarbeit dafür aber hat die BGE Jahre gekostet. Manche Akten und Unterlagen, die sie ausgewertet hat, stammen noch aus dem 19. Jahrhundert und mussten zunächst aufwendig digitalisiert werden. „Wir sitzen jetzt auf einem Berg von Papieren“, sagt Dagmar Dehmer. Ein Berg mit alten Zeichnungen von Grubengebäuden, Schichtenverzeichnissen oder Auswertungen von Bohrungen.

Andere Länder wie die Schweiz, aber auch Finnland, Schweden und Frankreich sind deutlich weiter mit ihren Planungen. Finnland etwa hat sein Endlager sogar bereits in den vergangenen Jahren fertiggestellt.

In Deutschland aber sei die Endlagersuche „leider lange Zeit Teil des politischen Konflikts“ gewesen, sagt Dehmer. Sie rechnet damit, dass erst 2050 der endgültige Standort für ein Endlager feststehen wird. Schlussendlich ent-

scheidet der Deutsche Bundestag dann über den Standort. Bis dieser dann tatsächlich genehmigt, erschlossen, befüllt und wieder verschlossen ist, wird - Schätzungen zufolge - wohl das neue Jahrhundert 2100 begonnen haben.

Ein Endlager könnte aber auch eine Chance für eine Region sein, weil durch den Industriebetrieb hochwertige Arbeitsplätze entstehen und den Kommunen Steuereinnahmen winken.

Genau zu arbeiten und plausibel zu erklären, das sei die Voraussetzung dafür, dass der spätere Standort auch von möglichst vielen Menschen akzeptiert wird, sagt Dehmer.

Martin Denoix vom BUND betont, er habe die Atomkraft immer kritisch gesehen. Der Atom Müll müsse nun aber schnellstmöglich in ein Endlager unter die Erde. „Wenn das Endlager am Ende vor unserer Haustür entsteht, aber dafür gut geplant ist und der Standort wissenschaftlich untersucht wurde, dann müssen wir die Kröte schlucken.“ Wichtig sei aber, dass die Entscheidung streng nach wissenschaftlichen Maßstäben gefällt werde.

Es werden aber Stimmen lauter, die fordern, dass das Verfahren jetzt beschleunigt werden muss. Denn eigentlich drängt die Zeit: Gundremmingen etwa hat bislang nur eine Genehmigung als Zwischenlager bis 2046. „Die Genehmigung läuft also aus, lange bevor ein mögliches Endlager fertig ist. Das sorgt für ein großes Fragezeichen“, erklärt Martin Samain vom Regionalverband Donau-Iller.

Auch in der Nachbarschaft von Gundremmingen herrscht Ratlosigkeit, aber auch Entschlossenheit: „Solange es kein Endlager gibt, müssen wir das Thema hochhalten“, sagt Uli Brenner vom „Forum Gemeinsam gegen das Zwischenlager“. Die Entscheidungen dauern zu lange. Den Müll überirdisch zu

lagern, hält sie für riskant. „Dann kann man immer zu einer Zielscheibe werden“, sagt Brenner. Bereits Anfang der 2000er Jahre sammelte sie mehr als 100.000 Unterschriften gegen das Zwischenlager in Gundremmingen.

Dieses garantiere keine Sicherheit. Die Halle, in der die Castoren stehen, gleiche einer „Kartoffelhalle“. „Bedrohlich“ empfinde sie das. Unklar sei, ob die Halle ausreichend gegen Attentate oder Flugzeugabstürze gesichert sei.

„Die Zwischenlager zählen zu den am besten gesicherten Objekten in ganz Deutschland“, entgegnet Stefan Mirbeth, Pressesprecher der Region Süd bei der Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ). Das bundeseigene Unternehmen ist für die Zwischenlagerung an den 16 Standorten der früheren westdeutschen Atomkraftwerke verantwortlich. Alle Risiken seien an den Castorbehältern getestet und durchgespielt worden, betont er. Flugzeugabstürze, Explosionen, Überschwemmungen - nichts davon können den Castoren etwas anhaben. Ein Castor-Behälter kostet mehrere Millionen Euro. Aus einem Gusseisenblock wird der Hohlraum für die abgebrannten Brennelemente herausgefräst. Ein ständig überwacht System mit mehreren Deckeln sorgt dafür, dass der Behälter dicht und damit sicher bleibt. Die Halle selbst ist durch Schleusen, Hochsicherheitstüren und Kameraüberwachung gesichert. Details zur Überwachung aber will die BGZ nicht verraten. Im Innern des Zwischenlagers in Gundremmingen stehen derzeit 137 gefüllte Castor-Behälter. Wenn voraussichtlich Ende 2026 alle Brennstäbe aus dem Kernkraftwerk eingelagert sind, wird es deutschlandweit das größte Zwischenlager sein.

Daran wird sich in den kommenden Jahren nichts ändern, ist sich Mirbeth sicher. „Wenn 2046 die bisherige

Genehmigung ausläuft, wird kein Endlager zur Verfügung stehen.“ Das Zwischenlager werde deswegen bis weit in die zweite Hälfte des Jahrhunderts gebraucht.

Wenn das Endlager am Ende vor unserer Haustür entsteht, aber dafür gut geplant ist und der Standort wissenschaftlich untersucht wurde, dann müssen wir die Kröte schlucken. Ein Betrieb des Zwischenlagers könne die BGZ aber auch viele Jahre darüber hinaus ermöglichen und sicherstellen. Vor Auslauf der bisherigen Genehmigung müsse dann eine neue beantragt werden. Eine Gefährdung für die Bevölkerung sei ausgeschlossen.

In der Diskussion über eine verlängerte Genehmigung aber taucht immer wieder die Frage auf, ob die Castorbehälter tatsächlich für einen Zeitraum von mehr als 50 Jahren ausgelegt sind.

Dafür gebe es „bisher in keinem Staat weltweit Erfahrungen. Insofern kann der Lagerzeitraum in Deutschland von deutlich mehr als 50 Jahren gegenwärtig noch nicht als Stand von Wissenschaft und Technik der trockenen Zwischenlagerung bezeichnet werden“, heißt es etwa vom BUND.

„Zwischenlager sind keine Dauerlösung“, das erklärt auch der Leiter des Zwischenlagers in Gundremmingen Ulrich Kastner von der BGZ. In diesem Ziel seien sich alle einig.

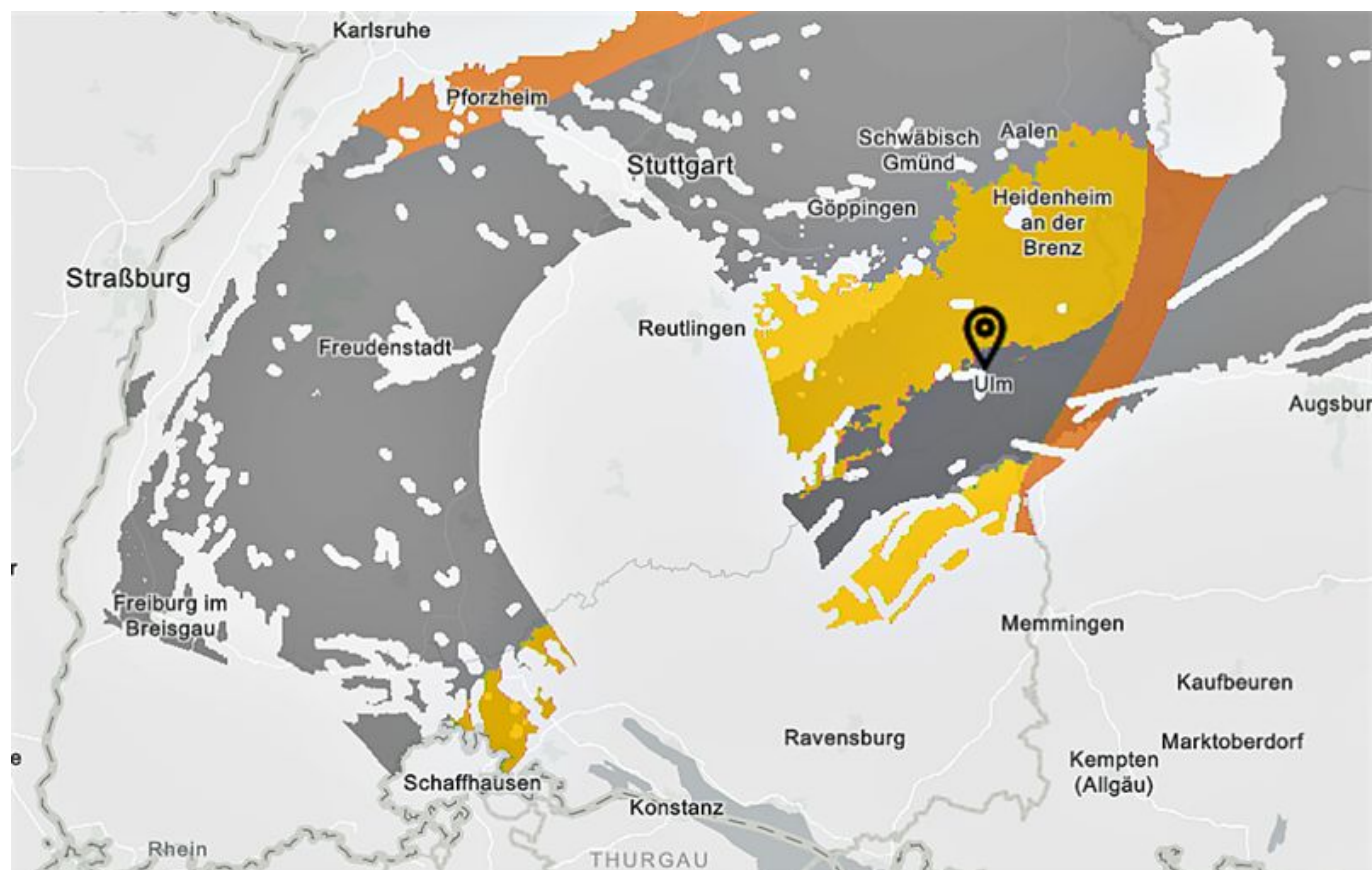
Selbst die Atomkraftgegner Uli Brenner und Petra Semet würden einem Endlager zustimmen. „Wenn alle Untersuchungen ergeben würden, dass die Region geeignet sei, dann müssen wir es hier nehmen“, sagt Uli Brenner. Dass irgendwann tatsächlich der erste hochradioaktive Müll in Deutschland unter die Erde kommt, das wird sie aber kaum mehr erleben. Und ihr Sohn bis dahin gewiss in Rente sein.



Das Kernkraftwerk vor der Haustür: Gundremmingen wurde bereits 2021 abgeschaltet. Doch derzeit entsteht hier deutschlandweit eines der größten Zwischenlager.



So sehen die Castor-Behälter im Zwischenlager in Gundremmingen aus. Darin lagert der Atommüll, der während der Laufzeit des Atomkraftwerks Gundremmingen entstanden ist.



Die dunkelgrau markierte Region rund um Ulm ist weiterhin im Rennen um die Endlagersuche. Die gelb und orange markierten Bereiche wurden dagegen bereits als weniger gut geeignet eingestuft. Die hellgrauen Flächen im Voralpenland und den Alpen sind als Bereiche ungeeignet.



Stefan Mirbeth ist der Pressesprecher der Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) für die Region Süd.



Petra Semet (links) und Uli Brenner (rechts) engagieren sich im „Forum Gemeinsam gegen das Zwischenlager“

## Atommüll-Endlagersuche

# Gebiete mit geologischen Voraussetzungen

Nach geowissenschaftlichen Abwägungskriterien wurden diese zum Teil überlappenden Gebiete mit geeignetem Wirtsgestein identifiziert:

- *tertiäres Tongestein*
- *prätertiäres Tongestein*
- *Steinsalz in steiler Formation*
- *Steinsalz in flacher Formation*
- *Kristallingestein*



Darstellung der Vorlage der BGE nachempfunden, nicht detailgetreu

dpa•101535

Quelle: Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE)